

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes Christlicher Holzarbeiter Deutschlands.



Nr. 43.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratentnahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Cöln

Cöln, den 25. Oktober 1918.

Inserationspreis für die viersp. Pettzelle 30 Pfg. Stellengesuche und -Angebote, sowie Anzeigen der Fachstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Denloerwall 2. Telefonruf B. 1548. — Redaktionschluss ist Samstag Mittag

19. Jahrg.

## Neue Zeiten.

Der Krieg hat in Deutschland eine gewaltige Umwälzung der politischen Verhältnisse und der Machtverteilung mit sich gebracht. Der alte Obrigkeits-, der Beamtenstaat, ist schwer ins Gebränge geraten; das System hat versagt, ist mehr oder weniger zusammengebrochen. Das Volk verlangt einen größeren Anteil an der Regierung, weil es kein Vertrauen mehr zu dem bisherigen System hatte.

Man kann über die Regierungsformen der einzelnen Völker verschiedener Meinung sein. Fehler und Schwächen haben sie alle, es gibt nichts Vollkommenes auf Erden. Voraussetzung ist jedoch nicht nur der sittliche Ernst und der starke Wille, das Volk gerecht zu regieren, nur sein Bestes zu wollen, sondern auch die Kräfte zu haben, die dieses Ziel verwirklichen. Man kann einem Volk eine noch so erhabene Aufgabe stellen, wenn es an den rechten Kräften und Mitteln fehlt, die zu ihrer Verwirklichung führen, dann muß trotzdem das Vertrauen fehlen. Das Vertrauen des ganzen Volkes, nicht etwa nur eines kleinen Teiles, in seine staatlichen Einrichtungen und in die Art ihrer Handhabung ist unerlässliche Voraussetzung eines fruchtbaren staatlichen Daseins.

Das parlamentarische System hat über Nacht in Deutschland seinen Einzug gehalten. Eine politische Reform, wie gegenwärtig in Deutschland, erleben die Völker nur selten, sie erhalten sie meistens nur auf gewaltsamem Wege, oder erst in sehr langen Zeitperioden. Gewiß stellt auch die jetzige Reform eine organische Entwicklung dar, die einmal kommen mußte, die aber infolge des Krieges diesen schnellen Abschluß fand. Das alte System erfüllte die Hoffnungen nicht, die das Volk erwartete. Es mußte daher etwas an seine Stelle treten, was sonst vieler Jahre organischer Entwicklung bedurft hätte. Die parlamentarischen Regierungsformen fremder Staaten haben uns nicht immer als leuchtendes Beispiel vorgeschwebt. Wir glaubten dort viel Korruption zu entdecken, waren auch der Meinung, daß die Regierungen in diesen Ländern sich nur auf einer bestimmten Interessenschicht aufbauten, die das Volk für ihre Zwecke mißbrauchten, ohne ihren sozialen Verpflichtungen gegen die breite Masse nachzukommen. Man darf dabei aber nicht übersehen, daß diese Völker mit ihrer Regierung sich abfanden, daß ihre staatliche Entwicklung kaum ungünstiger war, wie die in Ländern mit anderen Regierungsformen.

Jeder von uns wird aber jetzt vertrauensvoll das Neue annehmen, und zwar aus der inneren Ueberzeugung, daß vom alten System nach den bis jetzt gemachten Erfahrungen nichts mehr zu erhoffen ist. Das Vertrauen wendet sich der neuen Regierungsform zu. Von ihr erhofft man, daß sie diejenigen Kräfte auslöse, die notwendig sind, um den Endkampf mit Erfolg zu bestehen und die Schwierigkeiten zu meistern, wozu das alte Regiment sich als unfähig erwies. Das Vertrauen zu unserem Kaiser hat eine Schwächung nicht erfahren, es ist nach wie vor gleich stark; es wird noch gehoben durch den Willen unseres Kaisers, das Volk zur Mitarbeit an der Gestaltung seiner Geschichte in breitem Maße selbst mitwirken zu lassen. Dem deutschen Parlament wird durch die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems ein anderer Inhalt gegeben, wie bisher. Regierungsmänner und Reichstag fanden sich bisher meistens ablehnend gegenüber, einer besaßerte den andern, die Kritikfucht des Reichstages war seine stärkste Seite. Eine Partei wollte der anderen den Rang ablaufen im Aufstellen von Forderungen. Das konnte jede, weil sie keine Verantwortung trug, sondern diese der Regierung zuschob. Nunmehr aber, wo das Parlament selbst die Verantwortung in die Hand nimmt, muß es Ziel und Richtung darüber aufstellen, was es will. Die Parteien sind genötigt, sich zu einer Mehrheit zusammenzufinden; sich auf ein Programm zu verständigen, das einer mittleren Linie dient. Denn wenn mehrere Parteien sich zusammenschließen zu einer Mehrheit, wird es keiner möglich sein, extreme Parteiforderungen, die nicht als Notwendigkeit für unser staatliches und soziales Leben sich erweisen lassen, durchzusetzen.

Der alte Beamtenstaat, insbesondere der preussische Beamtenstaat, ist zu Grabe getragen. Wir hoffen, daß er nie wieder aufstehen wird. Die Reform des preussischen Wahlrechts wird diesen Prozeß beenden. Das Volk will zwischen sich und dem Monarchen keine Zwischenregierung mehr haben, wie dies unter dem bisherigen System der Fall war, wozu auch noch unverantwortliche Nebenregierungen hinzutreten, die insbesondere während des Krieges eine sehr schädliche Tätigkeit ausgeübt haben. Das Ansehen des Monarchen kann dadurch nur gewinnen. Indem ein Teil seiner Verantwortung von der Volksregierung übernommen wird, wird sein Ansehen nicht geschwächt, im Gegenteil, nur gehoben. In schwerer Zeit ist die deutsche Volksregierung geboren worden. Ihre erste Arbeit ist eine geradezu überaus wichtige: die Verwirklichung des Weltkrieges.

## An die christlich-nationale Arbeiterschaft!

In schicksalsschwerer Stunde wenden wir uns an unsere Anhänger und Freunde an der Front und in der Heimat. Unendlich viel hängt jetzt von Eurem Verhalten ab. Die christlich-nationale Arbeiterschaft hat den Weltkrieg stets als einen Verteidigungskrieg aufgefaßt. Wir billigen daher auch den neuen Schritt der Regierung, diesen furchtbaren Krieg zu beenden und der Menschheit den langersehnten Frieden zu geben. Es wird ein Rechtstriede erstrebt unter den Garantien eines Völkerbundes, bei dem die Ehre und die Lebensinteressen des Deutschen Reiches und des Volkes gewahrt bleiben. Das deutsche Wirtschaftsleben muß beim Wiederaufbau die Welt offen finden. Keine Maßnahme darf uns die Rohstoffe vorenthalten und Absatzmärkte sperren. Wir sind bereit, jede Regierung zu unterstützen, die einen Frieden auf solcher Grundlage anstrebt.

Soziale Ausgestaltung unseres Volkslebens und volkstümliche Weiterbildung unseres Staatslebens sind Programmpunkte der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Unser Kaiser hat im Hinblick auf die unvergleichlichen Leistungen unseres Volkes an der Front und in der Heimat gewünscht, daß dieses Volk wirksamer als bisher zur Mitwirkung an den Geschicken des Vaterlandes herangezogen werden solle. Diese kaiserliche Tat war notwendig, denn in so entscheidungsvoller Stunde müssen größere Verantwortungen auf breite Schultern geladen werden.

Das deutsche Volk bekommt in mehrfacher Hinsicht einen anderen Frieden, als es ihn sich vorstellte. Der Augenblick ist aber nicht geeignet, Schuldfragen aufzuwerfen, weil sie die verschiedenen Stände und Volksgenossen entzweien würden. Die Stunde erfordert aber größtmögliche Geschlossenheit nach innen und nach außen.

Ihr Streiter an der Front! Unsere Hoffnungen auf einen guten Ausgang der eingeleiteten Friedensbemühungen gründen sich auf euren Heldennut. Wir gedenken eurer beispiellosen Taten auf allen Schlachtfeldern. Euch verdanken wir, daß unsere Heimat Erde von den Verheerungen des Krieges verschont geblieben ist. In diesem schicksalsschweren Augenblick gilt es mehr denn je die lebendige Mauer, die ihr vier Jahre mit euren Leibern gebildet habt, aufrecht zu halten, damit nicht die Feinde den heiligen Boden des Vaterlandes übersütten. Ihr könnt nicht zulassen, daß noch in letzter Stunde die furchtbaren Schrecken des Krieges über Heimat und Herd zermalmend hinweggehen.

Ihr in der Heimat! Fehlrelax habt ihr die größten Entbehrungen und Opfer auf euch genommen. Wohin immer die Stunde der Not euch rief, habt ihr das Letzte aufgeboten, um für unsere Kämpfer an der Front durch eure Arbeit die starke Stütze zu sein. Mehr wie je gilt es jetzt, nicht zu erlahmen, sondern bis zur Erlangung eines ehrenvollen Friedens mit verdoppelter Kraft einzustehen für Pflichterfüllung und Hingabe bis zum Aeufersten.

Der Ausschuss des Deutschen Arbeiterkongresses.

Behrens, Stegerwald, Besch.

gleichem, die unter dem bisherigen System nicht zu begleichen war, und sie hat Belastungen mit übernehmen müssen, für die sie keine Verantwortung hat. Trotzdem hat sie sich von der gestellten Aufgabe nicht abschrecken lassen. Das Vertrauen des Volkes begleitet sie. Daß an der Spitze dieser Regierung der babische Thronfolger steht, ist der Ausdruck ihrer demokratischen Zusammensetzung, die sich nicht an Vorurteilen stößt, sondern die Kräfte dort herinnimmt, von wo sie glaubt, daß sie am besten der großen Aufgabe dienen können. Hoffen wir, daß sich das erfüllt, was wir von der deutschen Volksregierung erwarten.

## Die Rohstoffversorgung des Tapezierer- und Sattlergewerbes.

Für fast alle Gewerbe ist die Frage der Rohstoffbeschaffung während des Krieges eine der wichtigsten gewesen. Nach dem Kriege wird die Rohstofffrage für Industrie und Handwerk nicht minder eine der größten Sorgen sein. Der

enthält ein Vortrag, der im August auf der ordentlichen Wanderversammlung des Innungsbundes deutscher Tapezierer und verwandter Gewerbetreibender gehalten wurde und der jetzt im Oktoberheft der „Allgemeinen Tapezierer-Zeitung“ veröffentlicht wird.

Die Rohstoffbeschaffung vor dem Kriege war, da uns alle Weltteile ausstanden, keine Sorge. Fabrikanten, Großhändler, Händler und Zwischenhändler versorgten das Handwerk mit allen möglichen Rohstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten. Auswüchse verschiedener Art, andererseits auch der Gedanke, durch eigenen Großeinkauf einen größeren Nutzen zu erzielen, brachten das Handwerk dazu, eigene Einkaufsgenossenschaften zu bilden. Im Tapezierer- und Sattlergewerbe haben sich bis heute etwa 90 Genossenschaften gebildet.

Die Rohstoffversorgung während des Krieges ist bekannt durch die zahlreichen amtlichen Verordnungen, wonach sämtliche Rohstoffe, die für die Landesverteidigung verwendbar sind, beschlagnahmt wurden. Diese Maßnahmen erwiesen sich als unbedingt notwendig, da das Ausland uns verschlossen wurde. Zu Anfang des Krieges waren es etwa 20 Rohstoffe, die staatlich bewirtschaftet wurden. Heute sind es weit über 1000 Stoffe, Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate u. a. die beschlagnahmt sind. Beschlagnahmt wurden insbesondere Metalle, Chemikalien, Zute, Wolle, Kunstschut, Baumwolle, Leder, Häute, Flach, Seinen, Roßhaar usw. Auch von den sogenannten Ersatzstoffen dürfen nur ein Teil in den freien Handel gebracht werden. Die Bewirtschaftung geschieht durch die unter behördlicher Aufsicht stehenden Kriegsrrohstoffgesellschaften.

Daß das Handwerk durch die notwendigen Maßnahmen schwer getroffen wurde, ist verständlich. Gewiß gab es für das Tapezierer- und Sattlerhandwerk während des Krieges auch verschiedene Verdienstmöglichkeiten. Tausende Matratzen für Lazarette und Lazarettzüge mußten angefertigt werden. Auch die Heereslieferungen in Sattlerwaren gaben dem Sattler- und Tapezierergewerbe rege Beschäftigung, wobei manche Tapezierermeister wie auch Gehilfen, wieder umlernen. Die Mängel der Organisation im Tapezierer- und Sattlergewerbe ermöglichten es aber, daß von den Millionenaufträgen, dem Handwerk nur ein geringer Anteil zufiel. Handel und Industrie, die den Löwenanteil erhielten, wiesen dem Handwerk zumeist erst die Aufträge zu.

Inwiefern die Rohstofffrage das Tapezierer- und Sattlergewerbe beeinflusst, bemerkt man erst, wenn man die Materialien überflieht, die heute beschlagnahmt oder nicht mehr zu haben sind. Es kommen inbetracht alle Füllmaterialien, wie Matratzenwolle, Roßhaar, Seegras usw., sodann alle Polsterleinen, wie Zute, Kessel, Futterstoffe, Baumwoll- und Leinengewebe, Eisen- und Messingwaren; ferner Schnüre u. a. mehr. Nicht zu vergessen alle Lederarten und Felle. Ersatzstoffe, die heute zur Verfügung stehen sind: Holzwolle, alle Sorten Papierstoffe und Papierschnüre. Noch frei sind u. a. Seiden- und bemusterte Gobelinstoffe.

Die Rohstoffbeschaffung des Gewerbes nach dem Kriege in der Übergangswirtschaft wird davon abhängen, was wir mit Kriegsschluß wieder an Rohstoffen vom Auslande hereinbekommen. Daß die Rohstoffe auch nach dem Kriege noch lange Zeit knapp sein werden und eine staatliche Bewirtschaftung eine Notwendigkeit sein wird, steht außer Frage. In der ganzen Welt besteht diese Knappheit an Rohstoffen, da durch den Krieg ein Massenverbrauch stattfand, mit dem die Erzeugung nicht Schritt halten konnte. Dann hat auch im Auslande das Wirtschaftsleben wie bei uns sehr gelitten. Überall werden viel Rohstoffe zum Aufbau der Wirtschaft benötigt. Alle Länder werden daher bedacht sein, sich die dringendsten Bedarfsanprüche an Rohstoffen auf dem Weltmarkt zu sichern. Daher wird auch Deutschland zunächst nach dem Kriege nicht allzuviel zu erwarten haben. Die Zufuhr wird auch beeinträchtigt durch den Schiffsräumemangel an dem Deutschland nicht minder wie die uns jetzt feindlichen Länder leiden wird. Auch das ist eine Schwierigkeit, die nicht zu übersehen ist.

Der Aufbau des Handwerks nach dem Kriege ist zunächst eine Frage der Rohstoffversorgung. Diese liegt aber, soweit man auch sehen kann, noch im Dunkeln. Der einzige befriedigende Ausblick, der auch für das Tapezierer- und Sattlergewerbe sich hier aufmacht, ist die Freigabe von Materialien und Rohstoffen der Heeresverwaltung, die dieselbe nach dem Kriege nicht mehr benötigt. Im allgemeinen wird dem Handwerk mit seinen Genossenschaften nach dem Kriege die Aufgabe erwachsen, Hand in Hand mit den staatlichen Bewirtschaftungsstellen, eine gerechte Verteilung der jeweilig vorhandenen Rohstoffe zu bewerkstelligen. Dabei wird das Handwerk eine weitere Probe seiner Organisationskraft zeigen müssen. Unsere Tapezierer- und Sattlerlogen aber mögen auf dem nächsten Erlaß, wie die Arbeitslosen nach dem Kriege in erheblichem Maße von der Rohstoffbeschaffung



# Die schwere Zeit verlangt von jedem Arbeiter Pflichterfüllung bis zum Ausgange. In dieser Pflichterfüllung gehört auch die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 43. Wochenbeitrag im Jahre 1918 für die Zeit vom 20. bis 26. Oktober fällig ist.

**Vom Militär entlassene Mitglieder,** die sich rechtzeitig wieder beim Verband anmelden, haben nur eine Wartezeit von 13 Beitragswochen zum Bezug der neuen Unterstützungszulagen zurückzulegen mit der Maßgabe, daß als frühester Termin dafür der 1. Januar 1919 in Frage kommt. Da die Wartezeit für alle übrigen Mitglieder 26 resp. 52 Wochen beträgt, hat der Verbandstag für die Kollegen, die draußen gestritten und gelitten haben, eine erhebliche Vergünstigung festgelegt. Die Vergünstigung kann aber nur in solchen Fällen eintreten, wo die Wiederanmeldung zum Verband sofort bei der Wiederaufnahme der bürgerlichen Berufsarbeit erfolgt.

### Lohnbewegung.

Eine Erhöhung der Feuerungszulagen in Geseft. Mitte September reichte die Zahlstelle Geseft bei mehreren Arbeitgebern Forderungen ein, die auf eine Erhöhung der Feuerungszulagen hinfiel. Verhandlungen, die daraufhin der Kollege Hille-Dortmund mit diesen Arbeitgebern führte, ergaben eine Lohnerhöhung von 15 bis 30 Pf. die Stunde. Wo diese Erhöhung nicht gewährt wird, tragen die dort beschäftigten Kollegen infolge ihrer Interessenlosigkeit selbst die Schuld. In wünschen wäre nur, daß sich diese Kollegen bald darauf besinnen würden, welche Pflichten die Arbeiter in unserer Zeit haben.

### Berichte aus den Zahlstellen.

**Münster i. W.** Nach Abschluß der mit der Tischlerinnung geführten Verhandlungen betr. Zahlungen weiterer Feuerungszulagen wurden auch bei der Maschinenfabrik H. Stille Forderungen eingereicht. Die Verhandlungen, durch den Arbeiterausschuß der Firma geführt, waren auch diesmal wieder mit Schwierigkeiten verbunden, da die Betriebsleitung anfänglich wenig Entgegenkommen zeigte. Nach längerem Warten auf die Eingaben der Arbeiterschaft wurde von der Firma eine 20 % Lohnerhöhung angeboten, wovon 10 % ab 1. September und je 5 % am 1. Febr. und am 1. Mai n. J. gezahlt werden sollten. Da die Kollegen angeführt der Zeilunge ein derartiges Angebot unter keinen Umständen annehmen konnten, und die Betriebsleitung auch bei nachmaligen Verhandlungen kein weiteres Entgegenkommen zeigte, so wurde an den Schlichtungsausschuß herangewandt. Der als Vertreter der Firma anwesende Betriebsleiter suchte den Nachweis zu erbringen, daß die bei Stille gezahlten Löhne höher seien als in den übrigen Betrieben der Stadt. Zudem habe die Firma bereits während des Krieges eine 100 % Lohnerhöhung einbringen lassen und sei demnach bestrebt gewesen, die Lohnverhältnisse zu bessern. Seitens der Vertreter des Fabrik-ausschusses, sowie unseres Verbandes und des christl. Metallarbeiterverbandes wurde aber an der Hand von einwandfreiem Material und mit Vorlage von Lohnkarten der Firma Stille der Beweis geliefert, daß die Löhne trotz der 100 % Aufbesserung immer noch unter dem Durchschnitt der in den übrigen Betrieben Münsters gezahlten Löhne stehen. Damit wurde auch gleichzeitig ein deutlicher Hinweis geführt auf die vor dem Kriege bei der Firma Stille verübten Verhältnisse. — Auf Grund der Verhandlungen sah sich dann auch der Vertreter der Firma veranlaßt, seine früheren gemachten Zugeständnisse teilweise zu verbessern. Er erklärte sich bereit, die Zulagen schon am 1. Oktober und am 1. Dezember zu bezahlen, nachdem seitens der Arbeitervertreter erklärt wurde, daß bis 1. Mai n. J. bereits wieder neue Forderungen aufgestellt sein können. Eine 10-prozentige Lohnerhöhung wurde sofort ab 1. September zugesagt und auch bezahlt. — In einer Betriebsversammlung wurde das Ergebnis der Verhandlungen am Schlichtungsausschuß besprochen und von der Arbeiterschaft angenommen. Wenn das Ergebnis auch nicht in allen Teilen den Erwartungen entspricht, so wurde es doch mit Rücksicht auf die Schwerkriegszeit bei Stille als ein erheblicher Erfolg bezeichnet. Gleichwohl wurde derselbe von unsern Kollegen auch egalitäre kritisiert und dem Verbands wieder eine größere Zahl neuer Mitglieder zugesagt. — Es ist unbedingt erforderlich, daß sich die Kollegen durch fortgesetzte Stärkung der Organisation einen Rückhalt verschaffen, um die erreichten Verbesserungen nicht zu verlieren und für die Zeit nach dem Kriege gerüstet zu sein. — Da am 1. November wieder eine neue Lohnzulage in den Schreinerbetrieben fällig wird, so bietet sich auch hier wieder eine günstige Gelegenheit, um für die Stärkung des Verbandes tätig zu sein. Jeder Kollege muß es als seine Pflicht betrachten, den aus dem Felde zurückkehrenden Mitgliedern günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. In der am 6. Oktober stattgefundenen Betriebsversammlung wurden die finanziellen Ergebnisse der Verhandlung auf Grund der neuen Beiträge besprochen. Entschlossenheit hat sich bereits eine größere Anzahl von Kollegen erklärt, einen höheren Beitrag zu entrichten, so daß das zu bildende Einheitsverhältnis nicht hinter dem bisherigen zurückbleiben wird. Auch wurde noch beschlossen, zur Geltung des Verbandsbeitrages im Monat selber jeden 1. und 3. Monat Beitragszahlung einzuführen, damit die Mitglieder besonders im Winter nicht in Zahlungsschwierigkeiten geraten.

Organisation gewonnen und die Driftgruppe der Metallarbeiter wurde neu belebt. In der Aussprache wurde von allen Rednern betont, daß es so, wie bisher in Lüttingshausen nicht weitergehen könne. Neben dem Gebahren mancher Arbeitgeber in der Lohnfrage, wurde auch das Gebahren mancher Geschäftsleute gegenüber der Arbeiterschaft gekennzeichnet, wodurch die Frage der Konsumgenossenschaften angeschnitten wurde. In einer Resolution wurden dann Richtlinien gezogen und eine gleich gewählte Kommission mit den Vorarbeiten beauftragt. — Kollegen von Lüttingshausen! Das Verhalten weiter Kreise von Lüttingshausen gegenüber der Arbeiterschaft, besonders während des Krieges auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, sollte auch dem letzten Arbeiter die Augen geöffnet haben, daß es so nicht weiter gehen darf. Deshalb, wenn in kurzer Zeit wieder der Ruf an euch ergeht, erscheint vollzählig in der Versammlung. Was dahin wird auch die Kommission Bericht erstatten können, was geschehen ist und was weiter geschehen soll. Alle Stände regen sich und suchen ihren Einfluß zu erweitern. Auch die Arbeiterschaft hat es in denjenigen Orten, wo sie auf der Hut war, verstanden, sich Geltung zu verschaffen. Ohne planvolle Organisation ist solches aber nicht zu erreichen. Darum Kollegen von Lüttingshausen: Schließt die Reihen!

### Soziale Rundschau.

Eine Erhöhung der Unterstützung für Kriegervfamilien soll gemäß einer Verordnung des Bundesrats vom 1. Nov. d. J. ab eintreten. Die Sätze, welche bis zum 1. Nov. 1917 für die Kriegervfamilien 20 und für die sonstigen unterstützungsberechtigten Familienmitglieder (Kinder usw.) 10 M. monatlich betragen, wurden dann um 5 M. für jeden Unterstützungsberechtigten erhöht. Ueber die Erhöhung hatte der Vieferungsverband zu entscheiden. Nunmehr soll eine weitere Erhöhung um 5 M., gemäß der Verordnung des Bundesrats eintreten. Auch diesmal ist die Beschlussfassung über die Gewährung der erhöhten Unterstützung in die Hände der Vieferungsverbände gelegt. Mit Rücksicht auf die Feuerung kann und muß erwartet werden, daß die Vieferungsverbände (für nicht kreisfreie Städte und Gemeinden, hat der Kreis zu entscheiden) weisheitsvoll verfahren und möglichst allen Kriegervfamilien die Erhöhung zukommen lassen. Bisher war das bei weitem noch nicht überall der Fall.

**Die Schraube ohne Ende.** In den letzten Tagen ging wieder eine Notiz durch die Presse, des Inhalts, daß eine Erhöhung der Preise für Zuckerrüben gefordert werde, weil bei dem erhöhten Preis für Kartoffeln die Gefahr bestehe, daß die Landwirte keine Zuckerrüben anbauen. So geht es ohne Ende. Im Frühjahr haben die Vertreter der Landwirtschaft der Regierung eine Erhöhung der Kartoffelpreise abgetrotzt mit dem Hinweis darauf, daß bei den höheren Zuckerrübenpreisen der Anbau der Kartoffeln gefährdet sei. So geht es ohne Ende und alle Proteste der Verbraucher und ihrer Vertreter verhallen ungehört. Wenn jetzt die Regierung einer Erhöhung der Zuckerrübenpreise zustimmt, wird mit absoluter Sicherheit im Frühjahr wieder eine Erhöhung der Kartoffelpreise gefordert. Dann muß ein Ende gemacht werden, wenn nicht schlimme Folgen sich aus diesem aufreißenden Treiben ergeben sollen. Daß daneben auch noch auf andere Weise dem Volk das Geld aus der Tasche gezogen und unter behördlicher Patronanz einzelnen rücksichtslosen Häffern zugeföhnt wird, beweist folgender Fall: In einem rechtsrheinischen Kreise, industriell und landwirtschaftlich gemischt, hat der Landrat eine Kartoffelversorgung-Ordnung erlassen, wonach jeder Versorgungsberechtigte eine vom Bürgermeisterrat ausgehüllte Bescheinigung über den ihm zustehenden Bedarf an Kartoffeln dem Landratsamt einreichen hat, welches daraufhin einen Unterkommissionär beauftragt, einen Landwirt anzuweisen, der dem Versorgungsberechtigten die Kartoffeln zu liefern hat. Mit dem Antrag ans Landratsamt sind gleichzeitig pro Hektar Kartoffeln 1 M. zu entrichten für die dem Kommunalverbande entstehenden Unkosten. Was mögen das für große Unkosten sein? Antwort: Ein Teil der Gebühren fließt in die Tasche der Unterkommissionäre. Es gibt Gemeinden, wo ein einziger Unterkommissionär in den Vieferungsmonaten Oktober bis Dezember 10 000 bis 15 000 M. verdient. Dafür führt der betreffende Herr die Säge über das, was jeder Landwirt zu liefern hat, weiß ferner dem Landwirt an, wie viel und an welchen Versorgungsberechtigten er Kartoffeln zu liefern hat und zieht schließlich auch den Preis ein. Hierfür bekommt aber der Herr den Reinerwerb; die Arbeit ist einer Freierwerbarbeit gleichzustellen. Dieser mühelose Gewinn bleibt natürlich den Landwirten nicht verborgen und weckt deren Neid. Sie glauben das Geld selber verdienen zu können und bestreben sich, diesen behördlich bestellten mühelosen Zwischenverdienst anzuschalten auf dem Wege des Schleichhandels. Ob da kein anderer Weg gegeben ist, der das Volk vor solchen Belastungen schützt?

**Aufschwung unserer Volkerversicherung.** Eine interessante Erinnerung ist es, sich den Aufschwung unserer gemeinnützigen Deutschen Volkerversicherung vor Augen zu führen. Besonders deutlich tritt dieser im vergangenem Jahre in Erscheinung. Während im ersten Quartal die Leistungssumme 622 888 M. im zweiten 1 078 599 M. und im dritten 909 783 M. betrug, gingen im letzten Vierteljahr 1917 Anträge über 2 387 732 M. Versicherungssumme ein. Ein Aufschwung, der die Zahl der Mitglieder im letzten Quartal allein mehr als die Zahl der im ersten Quartal betrag.

Sammen 17 199 Anträge mit 11 462 106 M. Versicherungssumme gegen 6282 Anträge mit 2 778 907 M. Versicherungssumme des Vorjahres. Das ist der Summe nach mehr als das Vierfache. Der Umfang der Versicherungsabschlüsse beweist immer mehr, daß auch in unseren Kreisen die besondere Sicherheit erkannt und geschätzt wird, die die Anlage der Sparnisse mittels unserer Volkerversicherung auch in den schwierigsten Zeiten gewährt. Mit Recht wird diese beispiellose Sicherheit nicht nur in dem vom Kaiserlichen Aufsichtsamt kontrollierten mündelsicheren Prämienreservofonds gesehen, sondern vorab auch darin, daß ein in die Hunderttausende gehender Personenkreis durch laufende Beiträge die Leistungsfähigkeit des Unternehmens und damit die einzelne Versicherungssumme verbürgt.

### Aus Arbeitgeberkreisen.

Im Rheinisch-Westfälischen Tischler-Innungsverband regt sich die Opposition gegen das eigenwillige und diktatorische Verhalten des Herrn Kütelhaus. In dem Tischlerstag zu Münster machte sich Tischlermeister Krall-Essen zum Sprecher der Kütelhaus-Frönde. „Wer hat hier bisher geherrscht und wer soll in Zukunft herrschen?“ frug Herr Krall. „Der Verband ist doch nicht Herr Kütelhaus! Die Zeit muß vorüber sein, wo Herr Kütelhaus selbstherrlich als Diktator herrschte und einseitig die Personen nach seinem Vorschlag gewählt werden konnten. Es ist ja in letzter Zeit möglich gewesen, daß ein Mann wie Thurn gehen mußte. Er ist freiwillig gegangen, genau so wie ein Minister in der Regierung geht, wenn ihm der Kurs nicht mehr paßt. Thurn war die beste Arbeitskraft die der Verband jemals gehabt hat. Daß Thurn hat gehen müssen, daß auch Ferber hat gehen müssen, der gleichfalls ein großer Idealist ist, daß auch Rutenfrenz ausgeschieden ist, das ist eine bedenkliche Erscheinung. Der Verband ist doch so reif, daß er stehen und gehen kann, daß er demokratisch regiert werden kann und daß man in freier Wahl die Männer wählt, die an der Spitze des Verbandes stehen sollen. — Wir brauchen neue Mitregenten. Herr Kütelhaus kann nicht alles allein zwingen. Wir müssen Leute haben, die ihn erzen, die ihm Arbeit abnehmen.“ — Der Hilferuf des Herrn Krall blieb ohne den gewünschten Erfolg. Herr Kütelhaus darf auch für die Zukunft allein schalten und walten wie es ihm zusagt. Die Zusammensetzung des Vorstandes des Tischler-Innungsverbandes bietet ihm dafür die erforderliche Garantie.

### Aus dem gewerblichen Leben.

**Der holzgewerbliche Arbeitsmarkt im August 1918.** Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ war die Misbelindurie gut beschäftigt, wenn auch die Betriebe unter Mangel an Arbeitskräften zu leiden hatten. In den Holzbearbeitungsfabriken war der Geschäftsgang mittelmäßig, in den Fassfabriken und Jalousiefabriken dagegen gut. Die Holzplasterfabriken hatten ausreichend zu tun. Der Umsatz der Korbbwarenfabriken war befriedigend und zumeist besser als im Vormonat. Die Schirmfabriken berichten nach wie vor über eine ungünstige Geschäftslage. Die Nachweisungen der Arbeitsvermittlungsanstalten an das Reichsarbeitsamt ergeben im Berichtsmonat auf je 100 offene Stellen 40 männliche und 66 weibliche Arbeitsuchende, gegen 42 resp. 61 im Vormonat und 47 resp. 85 im gleichen Monat des Vorjahres. In Pommern verzeichnete die Holzindustrie großen Mangel an Facharbeitern. In Mecklenburg hob sich die Beschäftigung in der Stellmachererei, in den Sägereibetrieben war sie schleppend. In Posen fehlten Stellmacher als Schuhmacher vollständig. In Berlin hatte die Holzindustrie ein ausreichendes Angebot an Tischlern, die besonders für die Herstellung von Einheitsmöbeln Verwendung fanden. Bödiger, Ristenmacher, Sargtischler, Holzschlauer, Klavierarbeiter, Rahmenvergoldner waren außerordentlich knapp. Die Heeresaufträge für Geschloßkörper waren eingeschränkt. Weibliche Arbeitskräfte fanden bei der Herstellung von Holzhandeln und Munitionsteilen erhöhte Verwendung. Im Königreich Sachsen bestand in der Holzindustrie der Mangel an Arbeitskräften fort. In Hannover bot die Holzindustrie reichlich Arbeitsgelegenheit. In Bremen fehlten Bau-, Möbel- und Maschinenmacher. In Hessen und Posen-Kassau zeigte sich eine erheblich gesteigerte Nachfrage nach Facharbeitern, besonders Bau- und Möbelschreimern. Holz- und Weinkäufer konnten kaum nachgewiesen werden. In Westfalen war das Angebot von Arbeitsuchenden in der Holzindustrie gering; die Nachfrage blieb gleich hoch. In Rheinland bot sich Facharbeitern, besonders Schreimern, in Rüstungsbetrieben und Privatwerkstätten reichliche Arbeitsgelegenheit. In Bayern strömten aus der Blechindustrie Arbeitskräfte in die Rüstungsindustrie ab. Die Erzeugung der Korbbwaren blieb hinter dem tatsächlichen Bedarf zurück. An Holzarbeitern herrschte Mangel, wenn gleich auch die Nachfrage weiter nachgelassen hat. Die gewerkschaftliche Arbeitslosenstatistik berichtet von 0,5 Prozent arbeitslosen Mitgliedern am Monatschluß. Das ist die gleiche Ziffer wie im August des Vorjahres ermittelt wurde. Unser Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands berichtet über 0,1 Prozent arbeitslose Mitglieder; der deutsche Holzarbeiterverband über 0,7; der Gewerksrat der Holzarbeiter über 0,5; der Tapeziererverband über 0,5; der Zentralverein der Bildhauer über 0,4 und der Glaserverband über 0,2 Prozent.

### Vorarbeiten

Arbeitsgewand und mit Vorarbeiten vertraut, zum Fortschritt